

BastA!

Basels starke Alternative

ABSTIMMUNGEN

MEHR KLIMAGERECHTIGKEIT DANK KLIMAFONDS



Foto: Pascal Städeli, Flickr

Die Initiative von der SP und den Grünen (und damit auch etwas von uns) verfolgt einen grundsätzlichen Wechsel beim Klimaschutz.

Während Klimaschutzmassnahmen heute in erster Linie über Mieten, Stromkosten oder Ticketpreise be-

zahlt werden, sollen diese in Zukunft zu einem viel grösseren Teil vom Bund finanziert werden. Die Annahme des Klimafonds wäre eine Anerkennung, dass Klimaschutz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist und nicht an Einzelpersonen abgeschoben werden darf.

weiter auf Seite 3

AZB
CH-4005 Basel
P.P. / Journal
POST CH AG
Mutationen an:
Postfach 225
4005 Basel



**RÜCKBLICK
HAUS DER POLITIK**



**PHARMA FÜR ALLE
EINGEREICHT**

**ABSTIMMUNGSPAROLEN
28. SEPTEMBER 2025**

NATIONAL
NEIN ZUR ABSCHAFFUNG DES EIGENMIETWERTS
JA ZUM E-ID-GESETZ



KANTONAL
JA ZUR INITIATIVE «ZÄMME IN EUROPA»



SEITE 7,8,10

**ABSTIMMUNGSPAROLEN
8. MÄRZ**

25. Februar
**Transpi & Schilder malen
 für den 8. März
 (Parolen in Kürze S. 7)**

08. März
**Unterschriften sammeln (ab 10 Uhr)
 Abstimmungssonntag (Parolen S. 9)**

26. März
Mitgliederversammlung (19 Uhr)

21. April
Jahresversammlung (18 Uhr)

27. April
Unterschriften sammeln (17 Uhr)

29. April
**Transpi und Schilder malen
 für den 1. Mai**

1. Mai
Demo und Fest

20. Mai
**Unterschriften sammeln
 (Uhrzeit noch offen)**

29. Mai
Politik und Pizza finta only (ab 18:30)

MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinationssitzungen, die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.– pro Monat respektive Fr. 120.– pro Jahr.

<http://basta-bs.ch/mitglied-werden>

IMPRESSUM

Nr. 01/2026
 Redaktion: Franziska Stier, Martin Flückiger, Andreas Suter, Lukas Romer
 Layout und Bildredaktion:
 Franziska Stier
 Auflage: 1200
 Druck: Rumzeis Basel
 Herausgeber: Förderverein BastA!,
 Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
 E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch
 Telefon: 061 691 16 31
 Konto: IBAN CH22 0900 0000 4003 1244 5

**GEMEINSAMES
 UNTERSCHRIFTENSAMMELN**

An der Retraite im letzten Dezember regte der Vorstand an, zur Mitglieder-mobilisierung regelmässig gemeinsame Sammeltermine für die anstehenden Initiativen und Referenden zu organisieren. Im neuen Jahr gibt es somit jeden Monat (ausser Sommer) einen «offiziellen» Termin, um sich zu treffen und dann gemeinsam zum Sammeln auf die Strasse zu gehen.

Die Termine sind so gestaltet, dass man sich trifft und das anstehende Projekt kurz bespricht: Was wird mit der Initiative / dem Referendum angestrebt? Was sind die Argumente, mit denen wir die Leute zum Unterschreiben überzeugen wollen? Nach ca. einer Stunde sammeln, werden wir noch zusammensitzen, um das Sammeln kurz zu resümieren oder einfach so ein wenig zu plaudern.

In den nächsten Monaten dürften uns die Projekte, für die wir sammeln können, nicht ausgehen. Kantonal sammeln wir weiterhin für unsere mit den Juso aufgegleiste Initiative «Erben fürs Wohnen». Auf nationaler Ebene spricht Magdalena Erni von den Jungen Grünen in Anbetracht der bürgerlichen Gegenbewegungen von einer «Referendumslegislatur», in der, so

Priska Seiler-Graf (SP), jeder Unsinn durchgebracht wird, aktuell beispielsweise das Referendum gegen das Gesetz über Kriegsmaterialausfuhr. Daneben sind nationale Initiativen am Laufen: Familienzeit-Initiative der Grünen, Mietpreisinitiative des Mieter:innenverbands, Finanzplatzinitiative, Gentechinitiative usw.

Die Anlässe sollen neben dem politischen Hintergrund auch gesellig sein – gemeinsam Unterschriftensammeln macht mehr Spass als allein – und auch BastA! auf der Strasse vermehrt sichtbar machen.

Die nächsten Termine sind:

11. Februar, abends, Wettsteinmarkt,
 8. März, vormittags, Abstimmungslokal(e), 27. April, 20. Mai, 6. Juni

GROSSER RAT

**MENSCHENRECHTE SIND UNTEILBAR
 SOLIDARITÄT MIT IRAN, ROJHILAT UND
 ROJAVA**



Am 21. Januar drückten die Grossratsfraktionen SP Basel-Stadt, GRÜNE/jgb und BastA! ihre Solidarität mit den Menschen in Iran, Rojhilat und Rojava aus. Mehr Infos auf basta-bs.ch

Die Klimafonds Initiative fordert, dass der Bund jährlich 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in den Klimaschutz investiert. Das entspricht ungefähr 4 bis 8 Milliarden Franken pro Jahr, also einer Verdoppelung bis Vervierfachung der Investitionen. Damit soll die Schweiz bis spätestens 2050 klimaneutral werden und gleichzeitig die soziale Gerechtigkeit stärken.

GERECHTE KLIMASCHUTZ-FINANZIERUNG

Ohne Klimaschutz gibt es keine Zukunft – für niemanden. Diese gesellschaftliche Aufgabe muss solidarisch finanziert werden. Wer mehr Geld hat, muss über die Steuern auch mehr beitragen. Wenn Gebäude-sanierungen zu einem grossen Teil

durch den Klimafonds finanziert werden, werden die teilweise massiven Mieterhöhungen nach Sanierungen stark gedämpft. Auch ÖV fahren wird günstiger – in der Schweiz und grenzüberschreitend. Und wir werden unabhängig von fossilem Öl und Gas und damit auch von Autokraten, die mit den Einnahmen aus Öl und Gas Kriege finanzieren.

STABILE KLIMASCHUTZ-FINANZIERUNG

Der Bund gibt heute schon viel zu wenig für Klimaschutz aus und jetzt drohen auch noch massive Kürzungen. Im Rahmen des Kürzungspakets hat der Ständerat unter anderem beschlossen, die ohnehin schon minimale Förderung des internationalen Bahnverkehrs (insb. Nachtzüge) ganz

zu streichen, den regionalen ÖV zu verteuern und weniger in die Bahninfrastruktur zu investieren. Beim Gebäudeprogramm, mit dem die Wärmeisolation oder erneuerbare Heizungssysteme unterstützt werden, sollen jedes Jahr 200 Millionen Franken wegfallen.

Danke für dein Ja zu einer gerechten, stabilen und ausreichenden Finanzierung des Klimaschutzes!



Tonja Zürcher, Vorstand BastA!

INITIATIVE «BARGELD IST FREIHEIT» UND GEGENVORSCHLAG

Bei der Vorlage der Initiative «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten» stimmen wir nicht nur über diese ab. Parallel dazu kommt der Gegenvorschlag der Bundesversammlung zur Abstimmung. Und schliesslich steht die Stichfrage zur Entscheidung, falls beide Vorlagen angenommen werden.

Auf den ersten Blick suggeriert der Titel der Initiative, dass es sich um ein (auch) linkes Anliegen handeln könnte: Die Forderung, dass Zahlungen in Bargeld umfassend möglich bleiben sollten. Weder Initiative noch Gegenvorschlag ändern diesbezüglich jedoch etwas an der aktuellen Situation. Die Versorgung durch Bargeld ist im Nationalbankgesetz (Art. 5 Abs. 2 lit. b NBG) vorgeschrieben und die Pflicht zur Annahme von Bargeld im Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel (Art. 3 WZG) festgelegt. Die Annahmepflicht ist jedoch gar nicht Teil der Initiative bzw. des Gegenvorschlags.

Die Initiant*innen fordern neben der ausreichenden Versorgung mit Bargeld auch, dass die Währung der Schweiz nur durch Zustimmung von

Volk und Ständen geändert werden darf. Diese Forderung ist eigentlich überflüssig, da dies ohnehin nicht ohne Verfassungsänderung und entsprechende Abstimmung möglich wäre. Auch die Währungseinheit ist zudem bereits in Art. 1 WZG geregelt. Grundsätzlich werden mit beiden Vorlagen also Regelungen, die bereits auf Gesetzesstufe bestehen, auf Verfassungsstufe gehoben und damit stärker geschützt.

Das Anliegen der Initiant*innen, die Bargeldversorgung zu gewährleisten, da Bargeld Unabhängigkeit und Freiheit unterstützt, wurde vom Bundesrat grundsätzlich auch anerkannt, mit dem Gegenvorschlag sollte das Anliegen präziser und der Rechtsordnung besser entsprechend formuliert werden.

Die Initiant*innen hielten unter anderem an ihrem Vorschlag fest, weil ihnen der Begriff Schweizerfranken wichtig ist, obwohl auch im Fürstentum Liechtenstein der Franken die Währung ist. Ausserdem war ihnen der Begriff Bargeld im Gegensatz zu Münzen und Noten zu wenig konkret. In der Diskussion an der Mitgliederversammlung wurde einerseits be-

tont, dass die Versorgung mit sowie die Verwendung von Bargeld ein linkes Thema ist. Dagegen wurde auch konstatiert, dass Initiative und Gegenvorschlag an der aktuellen Situation nichts ändern würden. Zur Sprache kam ausserdem der rechtsnationale und verschwörungsideologische Ursprung der Initiative, dem mit der Unterstützung des Gegenvorschlags entgegengetreten werden kann.

So wurde die Initiative nach der Diskussion klar zur Ablehnung empfohlen. Der Gegenvorschlag erfuhr dagegen grossmehrheitliche Unterstützung. Und die Stichfrage wurde entsprechend auch zugunsten des Gegenvorschlags entschieden.



Lukas Romer, Vorstand BastA!

WIE FASCHISTISCHE HERRSCHAFTS-ELEMENTE DIE BESTEHENDEN FORMEN DER DEMOKRATIE DURCHDRINGEN

Während antidemokratische, rechts-populistische und sozialrassistische Parteien und Bewegungen weltweit Erfolge verbuchen, macht sich in der Linken Ratlosigkeit breit. Wie sind diese Entwicklungen zu verstehen? Handelt es sich hierbei um eine Neuauflage des Faschismus? Und vor allem: Was können wir diesen gefährlichen Entwicklungen entgegensetzen?

Der Philosoph und Sozialwissenschaftler Alex Demirović hat am von BastA! veranstalteten «Haus der Politik» im November des letzten Jahres zu diesen Fragen referiert. Ich beziehe mich im Folgenden auf seine damaligen Ausführungen und auf seinen Artikel in der Zeitschrift Luxemburg mit dem Titel: «Braucht es eine Erneuerung der Faschismustheorie?»¹⁾

DER GEFÄHRLICHE PROZESS DER FASCHISIERUNG

Demirović ist der Ansicht, es lohne sich, über eine Erneuerung der Faschismustheorie nachzudenken. Denn die Erfolge nationalistischer und autoritär-populistischer Parteien hätten alle Theorien, wenn nicht widerlegt, so doch unterlaufen. Die These, dass der Erfolg des Nationalsozialismus in den 1920er Jahren u.a. auf die schwache Verankerung demokratischer Institutionen in der deutschen Gesellschaft zurückzuführen sei, lässt sich beispielsweise nicht auf die aktuelle Situation in den USA übertragen, die ja über eine lange demokratische Tradition verfügen. Überhaupt erzeuge der Rückgriff auf den Begriff des Faschismus ein falsches historisches Bild und verneble den Blick auf die Besonderheiten des autokratischen Populismus, wie er heute grassiert. Wir hätten es zwar nicht mit genuin neuen Phänomenen, aber auch nicht mit historischen Wiederholungen zu tun. Anstatt von Faschismus zu spre-



Alex Demirović, am Haus der Politik am 15. November 2025
Foto: Mehmet Murat Yildirim

chen, könne es sinnvoll sein, den (nicht minder gefährlichen) Prozess einer Faschisierung in den Blick zu nehmen. Doch was heisst das?

Faschistische Herrschaftselemente und -praktiken können sich in die bestehenden Formen der Demokratie einnisten, ohne sich zur Ausnahmeherrschaft des Faschismus zu verdichten. «Es kann weiterhin ein Parlament, Parteien, eine mediale Öffentlichkeit, Verfassung, Recht, Gerichte geben. Aber diese formellen Institutionen und ihre Vertreter*innen werden gespalten [...]: Richter, Staatsanwälte oder Polizisten werden Teile von faschistischen Netzwerken, Journalist*innen oder Schriftsteller*innen verbinden sich allmählich organisch mit der Rechten und werden zu deren Sprecher*innen.» Gleichzeitig werden Exponent*innen demokratischer Institutionen und Wissenschaftler*innen, die sich der rechten Vereinnahmung verweigern, beleidigt, rechtlich angegriffen und körperlich bedroht.

BREITE TENDENZ ZUR AUTORITÄREN HERRSCHAFT

Das Erstarken antidemokratischer

Kräfte in einzelnen Staaten vollzieht sich nicht isoliert voneinander und findet auf verschiedenen Ebenen statt: Vertreter*innen autoritär-populistischer Parteien treffen und unterstützen sich gegenseitig. Rechte Intellektuellenzirkel pflegen einen regen Austausch. Militante Neonazi-Gruppen kooperieren länderübergreifend. Es gibt eine kulturelle Szene mit Musik, Kleidung, Verlagen und Zeitschriften. Rechte Akteure vernetzen sich mit Kräften in den Kirchen, Behörden und in der organisierten Kriminalität. Diese autoritäre Dynamik lässt sich laut Demirović nicht nur mit der sozialen Armutslage oder den Aktivitäten rechtsnationaler Gruppierungen erklären. Vielmehr gebe es «eine weit breitere Tendenz zur autoritären Herrschaft, die getragen wird von relevanten Kräften der Bourgeoisie».

Die Grundlage für diese Herrschaftspraxis sei die Demoralisierung breiter Teile der Bourgeoisie nach der Finanzkrise und die Entstehung einer grossen Welle von Protestbewegungen (z.B. Klimabewegung). Ein «Green New Deal» wäre da eigentlich die zu erwartende Reaktion gewesen.

Doch die multiple Krise sei weiter fortgeschritten und habe zahlreiche Kippunkte überschritten: Gletscherschmelze, Erwärmung der Meere, Artensterben, Trockenheit und Erosion der Böden, Fluchtbewegungen grosser Menschengruppen, eine Häufung klimatischer Extremereignisse und vieles mehr. Diese Probleme würden von der transnationalen Bourgeoisie nicht verdrängt. Sie wisse um die Herausforderungen. Doch sie setze alles daran, dass dieses Wissen nicht handlungsrelevant werde. Denn die eigentlich dringend notwendigen Transformationen würden nicht nur, gemessen an den Investitionen, zu wenig Gewinn abwerfen, sondern wären auch der Beginn eines Prozesses, der von kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnissen wegführte. «Die bürgerliche Gesellschaft will von den Ungeheuern, die sie erzeugt, nichts wissen und hofft, durch die Unterdrückung der Wissenschaft, durch die Drangsalierung der Medien, durch Steuerung und Kontrolle der sozialen Medien die Kommunikationsströme und dissidenten Praktiken einzudämmen oder zu verhindern.» Anders gesagt: Die Autokraten regieren mit einem trotzigen Weiter-so, als gäbe es all die Erkenntnisse der Wissenschaft nicht. Immer mehr und grössere Autos werden produziert, auch noch die letzten Erdölreserven ausgebeutet, ganz nach dem Motto «Nach uns die Sintflut». Die Stärkung faschisierender Momente sei – so Demirović – ein Versuch, die dringend notwendige sozial-ökologische Transformation zu blockieren.

DIE HERRSCHAFTSFORM DER AUTOKRATIE

Was die gegenwärtige Konstellation von früheren Formen der Ausnahmeherrschaft unterscheide, sei die Form der Autokratie, analysiert Demirović. «Diejenigen, die die Staatsmacht einnehmen, sind keine Angestellten

der bürgerlichen Klasse, die unterschiedliche bürgerliche Interessen repräsentieren würden. Vielmehr gehören sie selbst schon unmittelbar zur herrschenden Klasse. Sie sind Unternehmer, sie verfolgen oligarchische Interessen.» Damit einher geht eine Feudalisierung der Staatsapparate. Wichtige Funktionen werden mit engen Vertrauten, Familienangehörigen oder Oligarchen besetzt. Demokratische Institutionen und autoritäre Führung durchdringen sich. Die mediale Öffentlichkeit wird eingeschränkt, der öffentliche Rundfunk bekämpft, missliebige Zeitungen und Journalist*innen werden drangsaliert und von Medienkonferenzen ausgeschlossen. Parlamente, Parteien und Wahlrecht werden zwar nicht abgeschafft, doch so reorganisiert, dass die Macht einer Gruppe Kontinuität gewinnt und ein Machtwechsel erheblich erschwert wird.

Die Autokraten sind offensichtlich misstrauisch gegenüber den Staatsapparaten und deren Repräsentant*innen. Das zeigte sich etwa im Zollstreit der Schweiz mit den USA. Während Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter bei ihrem Telefonat mit Trump abblitzte und Aussenminister Guy Parmelin bei seinem Besuch lediglich mit einem Unterhändler sprechen konnte, wurde eine Gruppe von Schweizer Multimillionären im Oval Office von Trump persönlich empfangen. Hier war man unter seinesgleichen, man verstand sich.

Emanzipatorische Erfolge verteidigen Die geschilderten Entwicklungen stellen die Linke vor neuartige Herausforderungen. Denn letztlich steht das Überleben der Menschheit auf dem Spiel. Demirović appelliert an die Linke, die progressiven Aspekte, die seit den 1960er Jahren durchgesetzt werden konnten, zu verteidigen. Die Linke dürfe sich nicht selbst schwächen, indem sie sich von den konservativ-

autoritären Kräften den Widerspruch von sozialen und identitätspolitischen Orientierungen einreden lasse. «Diese Erfolge waren und sind ein Vorgriff auf eine neue Zivilisation, in der es möglich sein soll, ohne Angst anders zu sein und versöhnt mit der Natur frei zu leben.»

Angesichts der starken autoritären Dynamik müsse aber auch über neue, demokratische Bündniskonstellationen nachgedacht werden. Diese wären nicht entlang von Organisationszugehörigkeiten und Parteigrenzen zu konzipieren, sondern eher im Sinne einer «Volksfrontbewegung», wie sie Willi Münzenberg Ende der 1930er Jahre entwickelt hat.

OFFENE FRAGEN

Auf die Frage, wie es möglich ist, dass Millionen Menschen immer wieder misogyne, machtbesessene Autokraten wie Trump, Erdoğan oder Milei wählen, gibt Demirović meines Erachtens keine befriedigende Antwort. Er argumentiert zwar mit Berufung auf die kritische Theorie, dass die Einstellungen in der Masse der Bevölkerung nicht entscheidend seien für die politische Entwicklung eines Landes. Entscheidend sei, was die Herrschenden wollen. «Sie erzeugen mit ökonomischem Druck, Drohung, Gewalt, Propaganda, Lüge eine Atmosphäre des Gehorsams, der Konformität, so dass viele Menschen sich dem autoritären Kollektiv anschliessen und eingliedern.» Das mag ja durchaus zutreffen und Teil der autokratischen Herrschaftspraxis sein. Aber wir können ja nicht im Ernst unterstellen, dass ein grosser Teil der Bevölkerung dumm und beliebig manipulierbar ist. Das wäre nicht nur arrogant, sondern würde auch das emanzipatorische linke Projekt in Frage stellen, das bekanntlich auf mündige Menschen setzt.

Könnte eine Ursache für die Erfolge des autokratischen Populismus nicht auch darin liegen, dass es der Linken ganz einfach nicht gelungen ist, glaubwürdige Alternativen zu präsentieren? Positive Beispiele linker Regierungstätigkeit sind jedenfalls weltweit rar. Wenn linke Parteien Regierungsverantwortung übernehmen, desavouieren sie nur allzu oft innert kürzester die Ideale, für die sie einmal eingetreten sind.

«Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen.»

Theodor W. Adorno

Doch zum Glück gibt es auch Beispiele, die Mut machen. In New York ist Zohran Mamdani zum Bürgermeister gewählt worden. Ihm ist es gelungen, mit einfachen, verständlichen Botschaften die Menschen zu begeistern, zur Mitwirkung zu motivieren und die konkrete Hoffnung zu wecken: Ein besseres Leben für alle ist möglich, wenn wir gemeinsam daran arbeiten. Ich empfehle allen die Lektüre der Rede, die Mamdani nach seinem Wahlsieg gehalten hat. Sie ist ein rhetorisches, stellenweise fast schon poetisches Glanzstück und eine Inspirationsquelle, wie man politische Inhalte vermitteln kann, ganz ohne Zeigefinger und Besserwisserei.²⁾

¹⁾ <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/braucht-es-eine-erneuerung-der-faschismustheorie/>

²⁾ <https://www.republik.ch/2025/11/08/mamdani-rede-in-dieser-zeit-politischer-dunkelheit-wird-new-york-das-licht-sein>



Martin Flückiger, Redaktion

INDIVIDUALBESTEUERUNG: JA, ABER...



Symbolbild: Julia Tulke, Flickr

Am 8. März stimmen wir über die Individualbesteuerung ab. Nachdem sich die eidgenössischen Räte auf einen Gegenentwurf zur Initiative der FDP-Frauen geeinigt haben, hat eine wertekonservative Allianz das Referendum ergriffen – mit dem erklärten Ziel, traditionelle Alleinernährermodelle steuerlich zu schützen.

Heute werden verheiratete Paare gemeinsam besteuert: Einkommen und Vermögen beider Ehepartner:innen werden zusammengerechnet. Je nach Einkommensverteilung kann dies zu einer höheren oder niedrigeren Steuerbelastung führen als bei unverheirateten Paaren. Die vom Parlament beschlossene Reform setzt hier an: Künftig sollen verheiratete Paare steuerlich gleich behandelt werden wie unverheiratete. Beide Ehepartner:innen reichen je eine eigene Steuererklärung ein und werden ausschliesslich nach ihrem individuellen Einkommen besteuert. Die Individualbesteuerung gilt bei einer Annahme auch für Kantons- und Gemeindesteuern und würde das bisherige System ersetzen.

Ziel der Reform ist es, Steuern unabhängig vom Zivilstand zu bemessen – ein administrativer Mehraufwand, der jedoch eine systematische Ungleichbehandlung beseitigt.

DIE EHE ALS PATRIARCHALES ORDNUNGSINSTRUMENT

Die gemeinsame Besteuerung behandelt insbesondere Frauen implizit als ökonomischen Anhang ihres männlichen Ehepartners. Die Individualbesteuerung durchbricht diese Logik, indem Steuerpflicht nicht mehr über die Ehe vermittelt wird. Das ist kein radikaler Bruch, sondern ein emanzipatorischer Minimalstandard. Er anerkennt den geringer verdienenden Partner als rechtlich und finanziell selbstständig, senkt strukturelle Abhängigkeiten innerhalb von Beziehungen und reduziert indirekt ökonomische Hürden für Trennungen.

Die bestehende Regelung bevorteilt dabei eheliche Alleinernährermodelle. Ein Rechenbeispiel: Ein verheiratetes Paar mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von 180'000 Franken zahlt heute 4'305 Franken Steuern an den Bund, wenn beide Partner 90'000 Franken nach Hause bringen. Nach der Reform sind es noch 1'507 Franken – ein Rückgang der Steuerbelastung um 2'798 Franken oder 65 Prozent. Handelt es sich um ein Alleinernährermodell mit einem Jahreseinkommen 180'000 erhöhen sich die Steuern von 5'959 auf 8'977 Franken für die erwerbstätige Person.¹⁾

KOSTEN DER REFORM

Die Reform kostet den Bund rund 600

Millionen Franken. Gemäss Berechnungen der eidgenössischen Steuerverwaltung werden rund 50 Prozent der Steuerpflichtigen entlastet, 36 Prozent zahlen gleich viel und 14 Prozent mehr Steuern. Letzteres betrifft vor allem einkommensstarke Alleinerklärermodelle. Insofern ist die Individualbesteuerung auch ein kleiner Schritt gegen bürgerliche Klassenprivilegien. Wobei die Hauptumlagerung jedoch zu Gunsten äquivalenter Einkommen verläuft. Eine Familie mit zwei Kindern und 80'000 Franken Einkommen zahlt aktuell 0 Franken direkte Bundessteuern, wenn diese Summe durch lediglich einen der Partner hereinkommt. Nach der Reform werden es 424 Franken sein.

DER FEMINISTISCHE BLICK AUF DIE REFORM

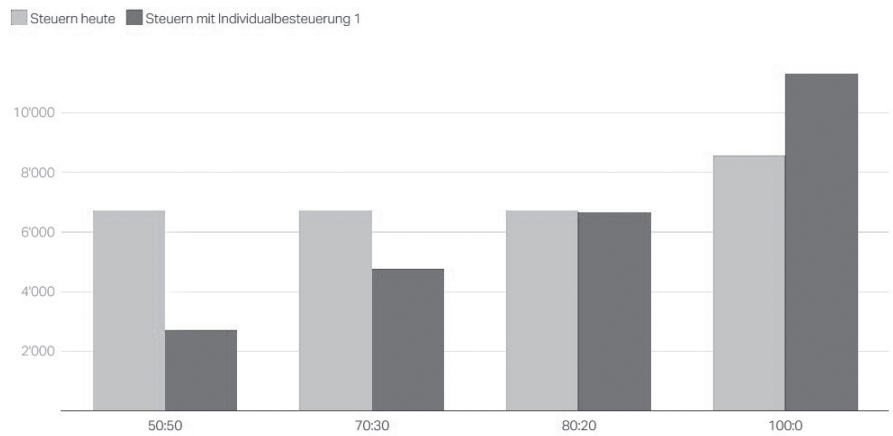
Die wertekonservative Gegnerschaft argumentiert, die Reform mache Care-Arbeit unsichtbar. Dieses Argument greift zu kurz. Auch das heutige System honoriert keine tatsächlich geleistete Sorgearbeit, sondern einzig den Status der Ehe. Zwar wird Care-Arbeit längst auch in unverheirateten Paaren, Patchwork-Konstellationen, von Alleinerziehenden und queeren Wahlfamilien geleistet, anerkannt wird sie jedoch nur indirekt und nur dann, wenn sie in einem verheirateten Setting stattfindet.

Die FDP-Frauen argumentieren wiederum, die Individualbesteuerung erhöhe die Erwerbsbeteiligung von Frauen, verbessere ihre Altersvorsorge und wirke dem Fachkräftemangel entgegen. Das ist nicht völlig falsch, verkennet aber den Kern des Problems. Der geringere Erwerbsarbeitsanteil von Frauen ist keine primär steuerliche Frage, sondern die Folge einer ungleichen Verteilung von Care-Arbeit.

Über die Abstimmung hinaus denken Steuern unabhängig vom Zivilstand zu erheben, ist ein emanzipatorischer Schritt. Doch weder das bestehende Modell noch die Reform berücksichtigen unbezahlte Sorgearbeit als zentrale feministische Frage angemessen. Während Mitte/EVP und SVP Sorgearbeit nur dann anerkennen, wenn sie ehelich organisiert ist, setzen die FDP-Frauen implizit voraus, dass

Getrennte Steuererklärung für Ehepaare: Die Steuerlast steigt oder sinkt – je nachdem, wie die Einkommen aufgeteilt sind

Illustratives Beispiel: Bundessteuern pro Jahr, Ehepaar mit 2 Kindern, Gesamteinkommen 200'000 Franken; die Steuerlast hängt davon ab, wie die Ehepartner ihr Arbeitspensum aufgeteilt haben; Abzüge für Doppelverdiener, Verheiratete, Kinder und Krankenkasse berücksichtigt; Angaben in Franken



Lesebeispiel: Verdienen beide Ehepartner je 100'000 Franken (Verhältnis 50:50), so würde ihre Steuerlast durch die Reform von 6'733 auf 2'696 Franken sinken. Bezieht nur einer der beiden Partner einen Lohn (100:0) und zwar in der Höhe von 200'000 Franken, so steigen die Steuern von 8'566 auf neu 11'321 Franken.

* 1 Basis Steuertarife: Umsetzungsvariante des Nationalrats vom 7. Mai 2025

Grafik: Kai Reusser • Quelle: VermögensZentrum

SWI swissinfo.ch

Care-Arbeit entweder „nebenbei“ passiert oder ökonomisch zweitrangig ist. In beiden Fällen bleibt unbezahlte Sorgearbeit strukturell unsichtbar und unterbewertet.

Miriam Egler und Anja Peter zeigen auf, dass insbesondere Familien stark belastet sind: Mütter und Väter leisten im Schnitt fast 70 Arbeitsstunden pro Woche, bezahlte und unbezahlte Arbeit zusammengenommen. Mütter zu rund zwei Dritteln unbezahlt, Väter im gleichen Ausmass bezahlt. Menschen ohne Kinder arbeiten im Vergleich rund 50 Stunden pro Woche. Zusätzlich betroffen sind Haushalte mit pflegebedürftigen Angehörigen: Hier kommen im Durchschnitt fast 13 Stunden direkte Pflegearbeit pro Woche hinzu – ohne die zusätzliche Hausarbeit einzurechnen.²

Diese Zahlen machen deutlich, welchen zentralen Stellenwert unbezahlte Sorgearbeit für das Funktionieren der Gesellschaft hat. Weder die indirekte Anerkennung über die Ehe noch die Individualbesteuerung werden ihr als systemrelevanter Arbeit gerecht.

CARE-ARBEIT ANERKENNEN

Wenn Gleichstellung mehr sein soll als ein neues Steuermodell, braucht es einen grundlegenden Perspektivenwechsel. Care-Arbeit darf nicht im Konstrukt der Ehe „mitgemeint“ bleiben, sondern muss sichtbar gemacht,

geschlechtergerecht verteilt und gesellschaftlich getragen werden. Dazu gehören der Ausbau öffentlicher Sorge-Infrastrukturen ebenso wie faire Rentenansprüche für geleistete Care-Arbeit.

Denkbar wäre etwa die Einführung eines Status Care-Leister:in, der Sorgearbeit mit Zeit, Geld und sozialer Absicherung ausgleicht. Darin liegt ein feministisches Potenzial, das mit einem verkürzten Ökonomiebegriff bricht und Lösungen ermöglicht, die sich an realen Lebens- und Arbeitsverhältnissen orientieren.

Ein Ja zur Individualbesteuerung ist deshalb kein feministischer Endpunkt, sondern ein Anfang, der uns zwingt, Verteilungsfragen konsequent weiterzudenken.

¹ <https://www.cash.ch/news/top-news/abschaffung-der-heiratsstrafe-wer-gewinnt-und-wer-verliert-899111>

² <https://ellexx.com/de/magazin/finanzen/in-zwei-wahrungen-rechnen-zeit-und-geld/>



Franziska Stier, Parteisekretärin

MIT „PHARMA FÜR ALLE“ DIE ANTIBIOTIKA-KRISE BEKÄMPFEN

Am 17. Dezember 2025 haben wir die Initiative „Pharma für Alle“ eingereicht.

Die Initiative fordert einen Basler Pharma-Fonds, der gemeinnützige Projekte unterstützt, um die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochstehenden und zugleich bezahlbaren Arzneimitteln in der Schweiz und global zu verbessern. Zudem soll mit dem Basler Fonds die Forschung nach neuen Antibiotika sowie nach Medikamenten bzw. Verfahren zur Behandlung von seltenen Krankheiten gefördert werden.

Jedes Jahr sterben weltweit rund fünf Millionen Menschen an und mit multiresistenten Keimen. Die Tendenz ist leider steigend. Die grossen Pharmafirmen haben sich jedoch aus der Entwicklung von dringend benötigten neuen Antibiotika, mangels tieferen Profitaussichten, zurückgezogen. Krankheiten, die wir im Griff gehabt haben, werden wieder brandgefährlich. Der Basler Pharma-Fonds soll jährlich



mit 2.5% des kantonalen Steuerertrags (rund 70 Mio. Franken) gespiesen werden, um die Entwicklung neuer Antibiotika zur Bekämpfung der zunehmenden Resistenzen zu fördern, die Immunzell-Krebstherapien durch die Universitätsspitäler zu gewährleisten und die Produktion von bewährten Arzneimitteln sicherzustellen.

Aufgrund der zu erwartenden hohen OECD-Steuererträge, kann sich Basel eine gemeinnützige Public Pharma leisten und so einen solidarischen Beitrag zur Bekämpfung der bedrohlichen Antibiotika-Krise leisten sowie die Herstellung bezahlbarer Arzneimittel fördern.

Oliver Bolliger, Präsident BastA!, Mitglied Initiativkomitee

ABSTIMMUNGEN

NEIN ZUR SRG HALBIERUNGSINITIATIVE

Die SVP hat eine Initiative gestartet, die verlangt, dass die Serafe-Abgabe von 335 CHF auf 200 CHF pro Jahr gesenkt wird. Auch wenn dies für Haushalte mit geringem Einkommen eine Entlastung bedeuten mag, ist dies schlicht und einfach ein Angriff auf die öffentlich-rechtlichen Medien. Wenn wir die Abgabe senken wollen, wäre es viel sinnvoller, sie beispielsweise an das Einkommen zu binden oder einfach durch Steuer zu ersetzen. Das würde die Bürokratie, die für die Serafe notwendig ist, eliminieren.

Die öffentlichen Medien sind ein sehr beliebtes Ziel autokratischer Regime. Das haben alle Diktaturen des 20. Jahrhunderts getan. Im 21. Jahrhundert gibt es auch viele problematische Beispiele: Russland, Türkei, Hongkong, Ungarn, ... Auch in den

USA sind die Medien im Umbruch. Die Printmedien gehören nur noch einigen Oligarchen, die Trump nahe stehen, und die öffentlich-rechtlichen Medien werden entweder komplett aus der Finanzierung gestrichen oder es werden MAGA-Marionetten an die Spitze gesetzt. Genau das ist der Plan, den die SVP verfolgt. Möchten wir lieber Fernseh von TX Group, CH Media oder Teleblocher?

Natürlich ist die SRG nicht perfekt. Man denke an sehr wenig kritische Berichte über die extreme Rechte oder Transphobiker. Auch die bedingungslose Unterstützung der SRG für die Teilnahme Israels am ESC ist problematisch. Eine massive Kürzung des Budgets wird die SRG nicht besser machen, sondern nur schwächer. Die SRG wird gezwungen sein, sich

auf populäre Sendungen mit grosser Reichweite oder auf billige Inhalte zu konzentrieren. Investigativer Journalismus ist weder das eine noch das andere und wäre daher in grosser Gefahr. Eine Erhöhung des Budgets für Journalismus wird nicht unbedingt die Qualität verbessern, aber eine Kürzung des Budgets wird sie sicher verschlechtern.



Laurent Schüpbach, Vorstand BastA!

FÜNF VORSTÖSSE FÜR MENSCHENRECHTE

Im letzten BastA! Bulletin berichteten wir über eine Delegation im Gefängnis Bässlergut. In der Folge reichte BastA! zum Internationalen Tag der Menschenrechte ein umfassendes Vorstosspaket ein, das gravierende Lücken im Umgang mit Menschen in ausländerrechtlicher Administrativhaft im Kanton Basel-Stadt schliessen soll.

Das Vorstosspaket von BastA! rüttelt zwar nicht an den Grundfesten der schweizerischen Migrationspolitik, rückt aber die Verletzlichkeit der Menschen in Verwaltungshaft ins Zentrum und fordert ein, was internationale Menschenrechtsstandards bereits festgelegt haben. Die Forderungen reichen vom Verbot der Inhaftierung Minderjähriger über Zugang zu Rechtsvertretung bis hin zu Prävention von Suizidversuchen und einer transparenten Dokumentation von kurzfristigen Festhaltungen.

1. KEINE HAFT FÜR KINDER – NIE UND NIRGENDWO

Minderjährige dürfen in der Schweiz rein aufgrund ihres Aufenthaltsstatus inhaftiert werden. Das ist ein klarer Verstoss gegen Art. 37 der UNO-Kinderrechtskonvention. Kinder gehören in Schutzräume, nicht hinter Gitter. Genf und Neuenburg haben solche Inhaftierungen bereits verboten. Es wird Zeit, dass Basel-Stadt nachzieht.

2. UNENTGELTLICHE RECHTSVERTRETUNG AB 10 HAFTTAGEN

Administrativhaft ist keine Strafhaft. Dennoch können Menschen ohne geordneten Aufenthalt wochenlang ohne Anspruch auf Rechtsvertretung festgehalten werden. Fehlende Mittel, Sprachbarrieren und die Komplexität der Verfahren führen dazu, dass Menschen ihre Rechte faktisch nicht wahrnehmen können. Dabei ist Haft der schwerste Eingriff in die persönliche Freiheit. Niemand darf in einem derartig einschneidenden Verfahren schutzlos bleiben.

3. INTERNETZUGANG FÜR ADMINISTRATIV INHAFTIERTE

Im Gefängnis Bässlergut stehen Inhaftierten in Administrativhaft derzeit nur wenige Stunden Internet pro Woche zur Verfügung. Das ist zu wenig, um Rechtsmittel zu prüfen, Kontakt zu Anwält:innen aufzubauen oder sich über die Situation im Ausschaffungsland zu informieren. Während andere Kantone längst adäquate Lösungen für die Internetnutzung geschaffen haben, erkennt Basel nicht mal das Problem.

4. PRÄVENTION VON SUIZIDVERSUCHEN UND PSYCHISCHEN KRISEN

Mehrere Hungerstreiks und Suizidversuche im Bässlergut verdeutlichen die psychischen Belastungen der Administrativhaft. Geflüchtete werden ohne strafrechtliche Grundlage in ein System gezwungen, das sie faktisch wie Strafgefangene behandelt.

Administrativhaft ist für Betroffene ein emotionaler Ausnahmezustand: Angst, Ungewissheit, Ohnmacht. Basel-Stadt braucht dringend psychologische Begleitung und Angebote, die Menschen in dieser Ausnahmesituation stabilisieren und Perspektiven aufbauen.

5. TRANSPARENTE DOKUMENTATION KURZFRISTIGER FESTHALTUNGEN

Kurzfristige Festhaltungen sind Freiheitsentzug – oft überraschend, meist willkürlich empfunden und immer belastend. Basel-Stadt ist schweizweit Spitzenreiter bei kurzfristigen Festhaltungen, zeigt die Analyse der Schweizerischen Beobachtungsstelle Asyl- und Ausländerrecht. Fast die Hälfte aller schweizweit dokumentierten Fälle der Jahre 2022–2024 fand hier statt. Dennoch fehlen klare Statistiken, Kriterien und eine systematische Überprüfung, die garantiert, dass hier verhältnismässig gehandelt wird.

PAROLEN IN KÜRZE

8. März 2026

Eidgenössische Vorlagen

Nein zur Volksinitiative «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)»

Ja zum direkten Gegenentwurf Bundesbeschluss über die schweizerische Währung und die Bargeldversorgung

Stichfrage: Gegenentwurf

Nein zur Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)»

Ja zur Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)»

Ja Bundesgesetz vom 20. Juni 2025 über die Individualbesteuerung

BERICHT AUS DEM GROSSEN RAT: DIE DEZEMBERSITZUNG

Die BastA!-Fraktion hat sich zu Beginn der Legislatur im Februar 2025 neu organisiert. Das heisst, wir sind eine eigenständige Fraktion ohne GRÜNE Basel-Stadt. Das heisst auch, dass die Arbeitslast pro Fraktionsmitglied deutlich gestiegen ist, aber mit viel Engagement, guter Präsenz und der Arbeit der erweiterten Fraktion haben wir viel Unterstützung. Eine wichtige Neuerung seit der letzten Jahresversammlung ist die «erweiterte Fraktion».

Die Arbeit der Parlamentarier*innen wird damit nicht nur von gewählten Grossratsmitgliedern, sondern auch aus interessierten Mitgliedern geleistet, die an der Jahresversammlung in dieses neue Gremium gewählt wurden. Für die Arbeit in der Fraktion bedeutet dies eine enorme Bereicherung, fliessen doch vielfältigere Lebenserfahrungen und Meinungen in die Beurteilung der anstehenden Geschäfte ein. Zudem bringt die erweiterte Fraktion auch wertvolle Anstösse für politische Vorstösse und wichtiges Feedback zur Alltagsarbeit im Grossen Rat. Zu Beginn gab es grossen Erklärungsbedarf zu dieser Alltagsarbeit, zu den politischen Instrumenten und den Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen. Dies führte dazu, dass die Fraktionssitzungen sehr viel Zeit in Anspruch nahmen. Doch nach fast einem Jahr mit dieser neuen Organisationsform bin ich überzeugt, dass sich der Aufwand gelohnt hat!

Wie im Dezember jeweils üblich traf sich der Grosse Rat an drei Tagen, da das Budget des kommenden Jahres besprochen werden musste.

Doch bevor wir überhaupt zur Budgetdebatte kamen, gab die Senkung der Gebühren für Einbürgerungen zu diskutieren. Als Fraktionssprecher appellierte Nicola Goepfert, dass die Hürden für Einbürgerungen allgemein gesenkt werden müssten. Zudem dürfe der Zugang zur Einbürgerung nicht von den finanziellen Möglichkeiten abhängig sein. Somit bedeute diese Vorlage ein Schritt in Richtung Stärkung der Demokratie. Nach einer eineinhalbstündigen Debatte gab es ein klares Ergebnis: Die Senkung der Gebühren wurde mit 78 zu 13 Stimmen angenommen.



Patrizia Bernasconi und Heidi Mück werden für das BastA! Bulletin zukünftig aus dem Grossen Rat informieren

In der Budgetdebatte, die dieses Jahr aussergewöhnlich lange dauerte, erklärte Patrizia Bernasconi zuerst die grundsätzliche Kritik von BastA! an der Budgetierung des Regierungsrats. Sie zeigte auf, dass die Horrorszenarien, die mit der Finanzplanung entworfen werden, nicht aufrichtig sind. Der Kanton habe durchaus finanziellen Spielraum, der aber eingeschränkt werde, weil eine gigantische Summe in den intransparenten Standortförderungsfonds, der in Zusammenhang mit der Umsetzung der OECD Mindeststeuer gebildet wurde, gesteckt wird. Dabei brauche es gezielte Investitionen in Bildung, soziale Sicherheit, Gesundheit, Klimaschutz und bezahlbaren Wohnraum, denn nur so könne Basel-Stadt ein lebenswerter, sozial gerechter und ökologisch verantwortlicher Kanton sein.

Nach der Grundsatzdebatte folgten zahlreiche Kürzungsanträge von bürgerlicher Seite, wie zum Beispiel der alljährlich wiederkehrende Angriff der SVP auf die Abteilung Gleichstellung und Diversität. Sämtliche Kürzungen wurden allesamt mit grossem Mehr abgelehnt. Etwas knapper, aber immer noch deutlich wurde der Antrag der FDP abgelehnt, der eine generelle Kürzung von 19 Millionen Franken, verteilt über alle Dienststellen hinweg forderte. Schlussendlich wurde das Budget nach über fünfstündiger Debatte mit lediglich drei Gegenstimmen verabschiedet.

Am dritten Sitzungstag wurden zahlrei-

che persönliche Vorstösse und Berichte zu laufenden Geschäften diskutiert. Hier zwei Beispiele:

Brigitta Gerber forderte mit einem Anzug, dass der Regierungsrat Abklärungen zur prekären Situation bei Sporthallen für Schulen und Vereine trifft. Zudem sollen die Hallen der Messe Basel, die den grössten Teil des Jahres leer stehen für einfache Zwischennutzungen als Sporthallen zur Verfügung gestellt werden. Der Vorstoss wurde nur mit wenig Gegenstimmen überwiesen und die Regierung hat nun 2 Jahre Zeit, darauf zu antworten.

Franziska Stier konnte zur Antwort des Regierungsrats auf ihre Interpellation «betreffend aktuelle Entwicklungen zu Microsoft» Stellung nehmen. Sie anerkannte, dass die Herausforderungen der Digitalisierung für die Verwaltung gross sind. Da der Regierungsrat jedoch an den zentralen politischen Fragen vorbeiredet und das Risiko eines Datenzugriffs aus den USA zu wenig ernst nimmt erklärte sie sich als «teilweise befriedigt». Der Schutz der Grundrechte beginnt deutlich unterhalb der Schwelle «geheim», meinte sie und vermisste auch eine «Exit-Strategie».

Auf der Webseite des Grossen Rates sind die Audios und Videos jeder Sitzung zu finden: <https://grosserrat.bs.ch/ratsbetrieb/ratsprotokolle>

Heidi Mück